

Beschluss des Bezirksparteitages der CDU Ostfriesland am 4. November 2023 in Leer

Jüdisches Leben in Deutschland schützen – Antisemitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!

Wir Christdemokraten haben eine klare und eindeutige Haltung: Wir verurteilen den Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel, das Ermorden und die Entführungen von Menschen auf das Schärfste. Wir sind fassungslos über den grausamen Tod unzähliger Menschen und das große, unbeschreibliche Leid, dass die HAMAS-Terroristen über Israel und über die Menschen im Gaza-Streifen gebracht haben. Jede Relativierung dieses Massakers verbietet sich. Wir sind besorgt über die fehlende Hoffnung und Perspektive der Zivilbevölkerung auf Sicherheit und Frieden.

Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Form der Verharmlosung und Unterstützung der HAMAS und ihrer Verbündeten. Hierfür und für jede Form von Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit gibt es keinen Platz in unserem Land.

Seit über 1700 Jahren prägen Menschen jüdischen Glaubens die Kultur und Geschichte Deutschlands und Niedersachsens entscheidend mit. Das jüdische Leben gehört zu unserem Land und bereichert durch seine Vielfalt und kulturelle Prägekraft unser Zusammenleben. Der Zivilisationsbruch der Shoah durch das nationalsozialistische Deutschland verpflichtet uns zur Auseinandersetzung mit der NS-Schreckensherrschaft, zum Gedenken an die Opfer und den nachhaltigen Schutz jüdischen Lebens.

Die jüngsten abscheulichen islamistischen Terrorangriffe der HAMAS und ihrer Unterstützer vom 7. Oktober 2023, das bestialische Abschlachten und die Entführung von Zivilisten führen uns eindringlich vor Augen, wie bedroht der Staat Israel ist. Die Sicherheit Israels aber ist Teil deutscher Staatsräson. Das Selbstverteidigungsrecht Israels muss daher außer Frage stehen, und Deutschland muss nach unserer Auffassung den Staat Israel bei der schweren Aufgabe der Wiederherstellung seiner Sicherheit und im Kampf gegen die Terroristen im Gaza-Streifen unterstützen.

Die blutigen Gewalttaten der HAMAS-Terroristen haben eine Gewalteskalation im Nahen Osten ausgelöst und stehen beispielhaft für einen virulenten Judenhas in der islamistischen Extremistenszene weltweit. Der Hauptunterstützer der HAMAS, das islamistische Regime im Iran, schürt weit über den Nahen Osten hinaus antisemitische Hetze und Umtriebe, auch bei uns in Deutschland. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel haben Auswirkungen auf das jüdische Leben bis nach Niedersachsen. Jüdische Bürgerinnen und Bürger sind tief verunsichert und in Sorge um ihre Sicherheit.

So nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland hoch bleibt. Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im ersten Halbjahr 2023 bereits 960 Straftaten, darunter 25 Gewaltdelikte, mit jüdenfeindlichem Hintergrund registriert. Seit dem 7. Oktober 2023, dem Angriff der Terrororganisation HAMAS auf Israel, zählte der Bundesverband der Recherche und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) in Deutschland insgesamt 202 antisemitische Vorfälle.¹ Dies unterstreicht, wie elementar der Schutz jüdischen Lebens ist. Antisemitismus ist ein hochgradig dynamisches, zutiefst menschenfeindliches Phänomen. Es gibt ihn in vielgestaltigen Erscheinungsformen und aufgrund unterschiedlicher politischer, religiöser oder anderer Motivation.

Als Reaktion auf den Terrorakt vom 7. Oktober 2023 wurde Hass gegen Juden und den Staat Israel offen auf deutschen Straßen kundgetan. In Berlin haben auf Kundgebungen mit Beteiligung des Samidoun-Netzwerkes, welches der linksextremen Palästinenserorganisation PFLP („Volksfront zur Befreiung Palästinas“) nahesteht, Demonstranten die Terroranschläge der HAMAS gegen Israel regelrecht gefeiert. Solche Bilder auf deutschen Straßen entwürdigten die Opfer des Terrors und sind eine Schande für unser Land.

Gerade in einer Einwanderergesellschaft wie der unsrigen dürfen israel- und jüdenfeindliche Bestrebungen keinen Raum einnehmen und unser Land polarisieren. In diesem Zusammenhang darf nicht verschwiegen werden, dass nach einer aktuellen repräsentativen Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung antisemitische Einstellungen unter den in Deutschland lebenden Muslimen signifikant stärker ausfallen, als im Bevölkerungsdurchschnitt.² Dieser Befund

¹ SZ vom 19.10.2023

² KAS-Monitor „Antisemitische Einstellungen in Deutschland“, Juli 2023, von Dominik Hirndorf, S. 9
Seite 1

darf nicht aus falsch verstandener Toleranz verschwiegen werden, sondern er muss Teil einer kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in unserer Gesellschaft sein. Antisemitisches Gedankengut darf in unserem Land keinen Platz haben.

Zugleich ist von immenser Bedeutung, dass der Konflikt im Nahen Osten nicht dazu führt, dass das Zusammenleben von Muslimen und Juden in Deutschland weiter beeinträchtigt wird. Wir begrüßen den gemeinsamen Appell der palästinensischen Gemeinde Hannover und des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinde von Niedersachsen gegen Terror und Antisemitismus und für Toleranz. Hierbei handelt es sich um ein vorbildliches Signal, das für ein respektvolles Miteinander steht.

Erhebliche Gefahren in Bezug auf Antisemitismus gehen auch weiterhin von rechtsextremen Gruppierungen und Netzwerken aus, in deren Ideologie der Hass auf Juden ein fester Bestandteil ist. Außerdem werden antisemitische Stereotype durch den harten Kern der sog. Querdenkerszene bedient. In diesem Phänomenbereich sind auch Schnittmengen zu rechtsextremen Bestrebungen und der sog. Reichsbürger-Bewegung klar erkennbar. Die lange Phase der Corona-Pandemie sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben Verschwörungsideologien und antisemitischen Tendenzen vor allem im digitalen Raum einen enormen Auftrieb gegeben.

Die CDU Ostfriesland setzt sich nachdrücklich für ein konsequentes, verstärktes und ganzheitliches Vorgehen gegen alle Formen des Antisemitismus ein. Hierzu gehören präventive wie repressive Maßnahmen. Antisemitismus in allen Ausprägungsformen, gleich aus welchen Motiven, ist eine tiefgreifende Herausforderung für unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Berufung eines Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens durch die Landesregierung im Jahr 2019, der durch sein vielfältiges Wirken in der Öffentlichkeit auf die Bedeutung sowie den Schutz jüdischen Lebens in Niedersachsen konsequent aufmerksam macht, als Ansprechpartner für von Antisemitismus Betroffenen zur Verfügung steht und sich für eine bessere Vernetzung von Akteuren sowie Unterstützungs- und Präventionsangeboten einsetzt. Wir begrüßen darüber hinaus die Bestrebungen, mit einem Dachverband der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit die Arbeit gegen antisemitische Tendenzen und für eine intensive Erinnerungskultur in ganz Niedersachsen noch breiter und professioneller zu etablieren.

Zudem begrüßt die CDU Ostfriesland die zahlreichen, bereits ergriffenen Maßnahmen im Handlungsfeld Antisemitismusprävention. Hierbei ist es besonders wichtig, dass antisemitische Vorfälle auch unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz in Niedersachsen lückenlos dokumentiert werden. Dies stellt die im Jahr 2020 eingerichtete und über den Landespräventionsrat geförderte RIAS Niedersachsen sicher. RIAS ist ein wesentlicher Baustein für eine ganzheitlich angelegte Arbeit bei der Antisemitismusprävention. In Anbetracht der Bedrohungen für Jüdinnen und Juden durch rechtsgerichtete, linksgerichtete und religiös begründete Radikalisierungsprozesse in unserer Gesellschaft kommt professionellen, landesweit ausgerichteten Beratungsangeboten eine hohe Bedeutung zu.

Ferner begrüßt die CDU Ostfriesland die Einrichtung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Göttingen, die zum 1. Juli 2020 ihre Arbeit aufgenommen hat. Die strafrechtliche Verfolgung von Personen, die insbesondere in sozialen Netzwerken Fremdenhass und antisemitische Hetze verbreiten, ist ein elementarer Baustein bei den repressiven Maßnahmen. Es darf im Internet keine rechtsfreien Räume für antisemitische Parolen sowie Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden geben.

- I. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU Ostfriesland darüber hinaus,
 1. mit der anstehenden Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, Ausländerinnen und Ausländern, die das Existenzrechts Israels ablehnen bzw. erwiesenermaßen Antisemiten sind, die deutsche Staatsangehörigkeit zu verwehren.
 2. die Rechtsgrundlagen zu schaffen, um Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn Straftaten mit Antisemitismusbezug begangen werden.
 3. das Asyl- und Aufenthaltsrecht derart zu ändern, dass Ausländerinnen und Ausländer mit nachweislich antisemitischem Gedankengut keine Asylberechtigung und keinen Flüchtlingsstatus erhalten bzw. ausgewiesen werden können, wenn diese Straftaten mit Antisemitismusbezug begangen haben.

4. den von Bundesinnenministerin Faeser aufgelösten Expertenkreis Politischer Islamismus (EPI) wieder einzusetzen.
5. die vom Bund betriebenen Vereinsverbotsverfahren der terroristischen HAMAS und des Samidoun-Netzwerkes in Deutschland sowie anderer Vereine, die antisemitische Hetze verbreiten, schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen.
6. das vom Verfassungsschutz beobachtete Islamische Zentrum in Hamburg (IZH), das als Knotenpunkt von Aktivitäten des iranischen Staates in Deutschland dient, zu verbieten.
7. die iranischen Revolutionsgarden als terroristische Vereinigung durch die EU einzustufen.
8. die Recherche und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen weiter auszubauen und deren Arbeit zu verstetigen.
9. den Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens weiterhin bei seiner wichtigen Tätigkeit zu unterstützen und mit ausreichend Personal- und Sachmitteln auszustatten.
10. rechtsextreme, linksextremistische und islamistische Netzwerke in Niedersachsen verstärkt zu überwachen und die bestehenden Beratungs- und Ausstiegsprogramme auszubauen.
11. die rechtsextremen und antisemitischen Teile verschwörungsideologischer Szenen, insbesondere „Querdenker“ und „Reichsbürger“ mit Blick auf Netzwerke und Strukturen verstärkt zu überwachen und wirkungsvolle Präventionsangebote zu entwickeln.
12. die Arbeit des Landespräventionsrates mit Blick auf pädagogische Fachkräfte, Jugendliche und ihr familiäres Umfeld um zielgruppenspezifische Präventionsmaßnahmen zu erweitern und dabei insbesondere die Aufarbeitung des Nahostkonflikts stärker in der Präventionsarbeit zu verankern.
13. praxisorientierte Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte im Themenfeld Antisemitismus/Nahost-Konflikt vorzuhalten, um für Konfliktlagen an Schulen gewappnet zu sein.
14. das vom Landespräventionsrat geförderte Netzwerk von lokalen Fachstellen der Radikalisierungsprävention auszubauen, um gezielt der Verbreitung von islamistisch motiviertem Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, u. a. durch die sog. BDS-Kampagne gegen Israel (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen), entgegenzuwirken.
15. die Antisemitismus-Prävention durch gezielte Projekte in Verbindung mit muslimischen Gemeinschaften bzw. Akteuren fortzuentwickeln und zu stärken.
16. israelfeindliche und antisemitische Bekundungen auf Demonstrationen in Niedersachsen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden und Straftaten konsequent zu verfolgen sowie Demonstrationen im Vorfeld zu verbieten, sofern eine unmittelbare Gefahrenlage festgestellt werden kann, dass es anlässlich der Versammlung zu Straftaten kommt.
17. den polizeilichen Schutz für jüdische Einrichtungen in Niedersachsen umgehend und nachhaltig zu verstärken.